

Antrag Nr. 12-F-03-0101

Grüne

Betreff:

Drohende Finanzierungsengpässe Umweltverbund
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.8.2012 -

Antragstext:

Die Rahmenbedingungen für den Ausbau des sogenannten Umweltverbundes, d.h. des Rad- und Fußgängerverkehrs sowie des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), werden schlechter:

- Das Bundesverkehrsministerium sieht einerseits vor, den Anteil des Radverkehrs bis 2020 von derzeit durchschnittlich 11 auf 16 Prozent am Gesamtverkehr zu steigern. Andererseits plant das Ministerium eine Halbierung des Radverkehrsetats von 100 Mio. Euro im Jahr 2010 auf 50 Mio. Euro in den kommenden Jahren.
- Das Bundesprogramm zur Förderung des kommunalen Nahverkehrs mit jährlich 330 Mio. Euro läuft 2019 aus. Die Zweckbindung der Bundeszuschüsse für den Verkehr für Landesprogramme von jährlich 1,3 Mrd. Euro soll am 1. Januar 2014 bereits aufgehoben werden.
- Der Entwurf der Novelle des hessischen ÖPNV- Gesetzes enthält Bestimmungen, die die kommunale Selbstverwaltung einschränken. Außerdem will das Land sich wieder nicht an der Finanzierung des ÖPNV beteiligen - und dies vor dem Hintergrund der geplanten Kürzungen der Bundesgelder.

Der Ausschuss möge daher beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

1. alle sich ihm bietenden Kontakte und Möglichkeiten zu nutzen, z.B. im Rahmen des Städtetags, sich dafür einzusetzen, dass die geplante Verschlechterung der Rahmenbedingungen für den Umweltverbund nicht umgesetzt werden und die Finanzierung des Radverkehrs und des ÖPNV in Zukunft ausgebaut und nicht gekürzt wird.
2. sicherzustellen, dass der derzeit gültige Nahverkehrsplan betrieblich umgesetzt wird und dafür zu sorgen, dass die dafür nötigen finanziellen Mittel im Rahmen des Konzerns der Stadt Wiesbaden bereitgestellt werden.

Wiesbaden, 22.08.2012

Claus-Peter Große
Stadtverordneter

Carola Pahl
Fraktionsreferentin